

## Fragen und Diskussion zu „Der Kampf um unsere Köpfe“

Freiheit der Medien – Recht auf Information

Die Diskussion drehte sich größtenteils um die Frage: Warum berichten ARD und ZDF so gleich. Warum stimmt das, was sie berichten, mit der Regierungslinie überein? Und warum blasen die großen Zeitungshäuser in dasselbe Horn?

Abgesehen von den Vorgängen, wie sie im Vortrag analysiert wurden, gibt es eine Verflechtung von Chefredakteuren in Verlagen und Fernsehen mit transatlantischen und pro-NATO Denkfabriken (Thinktanks). Sie sind dort oft nicht nur Mitglieder, sondern sitzen in Beiräten. Und sie beraten die Bundesregierung.

Zu den Verflechtungen von Chefredakteuren einiger großer Zeitungen brachte Die Anstalt 2014 einen Beitrag, für den Ekkehard Siekner recherchiert hatte.

<https://www.youtube.com/watch?v=1ntSxZatFv8>

2018 handelte ein anderer Beitrag vom „bunten Kiosk der Presselandschaft“ - der Konzentration in wenigen Pressekonzernen.

<https://www.dailymotion.com/video/x6k8wuh>

Gibt es Alternativen? Ja und Nein.

Die Nachrichten der privaten TV Anstalten sind – sofern das möglich ist – noch dürftiger, aber genauso einseitig. Sie sind nur ihrem Profit verpflichtet und haben ihre Nachrichtensparte auf ein Minimum reduziert. So sieht es auch global in den meisten Ländern aus – die Medienbarone beherrschen das Feld.

Im Netz gibt es Portale -Telepolis, Nachdenkseiten und viele mehr - die sich um umfassende Information und journalistische Standards in den Berichten bemühen. Allerdings kann die Qualität der Beiträge auch hier abnehmen und das Medium degenerieren.

Im Gegensatz zu dazu ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk rechtlich denen verpflichtet, die mit ihren Gebühren für ihn zahlen. Der Medienstaatsvertrag (früher: Rundfunkstaatsvertrag) verpflichtet diese Anstalten dazu, die Bevölkerung umfassend und sorgfältig zu informieren. Es verpflichtet nicht zur Neutralität gegenüber den Regierungen. Im Zweifel hat die Presse- und Meinungsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes Vorrang.

Das Problem mit den ÖR ist nur, dass er dieser Pflicht oft nicht nachkommt. Sabine Schiffer plädiert dafür, hier mehr gesellschaftlichen Druck aufzubauen. Die Rundfunkräte, wohin Vertreter\*innen „gesellschaftlicher Gruppen“ (Kirchen, Gewerkschaften, Naturschutz, Jäger und mehr) entsandt werden, können kaum Einfluss nehmen; was bei der vorhandenen Zusammensetzung vermutlich auch besser ist.

Die Initiative für einen <https://publikumsrat.de/> berichtet von Aktivitäten gegen einseitige, tendenziöse und falsche Darstellungen. Ziel ist aber, dass künftig ein finanziell gut ausgestatteter Publikumsrat mit Hauptamtlichen darauf Einfluss nimmt, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten ihre Aufgaben erfüllen. Dieser Publikumsrat soll von den Zahlenden gewählt werden.